



Berlin, den 22. September 2020

## **Haltung der Polizeibeschäftigten stärken! Keine Chance für Hass und Hetze**

### **Es reicht!**

Wenn es um rechte Hetze und mangelnde Distanz zu rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen geht, darf die Polizei kein Spiegel der Gesellschaft sein. Die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Vorfälle müssen mit aller Konsequenz aufgearbeitet und verfolgt werden. Wenn aber alle Polizeibeschäftigten als Ergebnis von individuellen Fehlverhalten einer Gruppe innerhalb der Polizei unter einen Generalverdacht gestellt werden, hat das mit der Realität nichts zu tun!

Die GdP stellt dazu fest, dass jeder dieser Sachverhalte einer zu viel ist. Jeder Vorfall erregt die Öffentlichkeit, wird in den Medien ausführlich dargestellt und von politischen Kreisen intensiv thematisiert, egal ob sie der Polizei schlecht- oder wohlgesonnen sind. Eine Stigmatisierung der gesamten Polizei und das Einordnen in die rechte Ecke sind inakzeptabel und werden dem Thema in keiner Weise gerecht. Die GdP erachtet die Befassung und Aufarbeitung mit diesen als widerlich zu bezeichnenden Vorgängen aber ausdrücklich als notwendig und berechtigt. Die GdP fordert die Politik aber auch dazu auf, sich intensiver mit den Arbeitssituationen und dem Arbeitsumfeld in der Polizei zu befassen und wertschätzender mit den Beschäftigten in der Polizei umzugehen, die sich unter immer schwieriger werdenden Bedingungen – teilweise unter Einsatz ihrer Gesundheit - für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft einsetzen.

Auch wenn es sich bei den rechtsextremen Umtrieben nur um wenige Personen handelt, verursachen diese Wenigen einen erheblichen Schaden für die Institutionen und erschüttern das extrem hohe Vertrauen der Menschen in ihre Polizei. Sie schaden jedem/jeder einzelnen Beschäftigten und erschweren auch das polizeiliche Einschreiten. Dies ist absolut inakzeptabel und erfordert eindeutige Maßnahmen.

Die GdP fordert alle anderen Polizeibeschäftigten dazu auf, eindeutig Haltung zu zeigen und gegen diese rechtsextremen Ansichten klar Stellung zu beziehen. Das Eintreten gegen Rassismus, Hass und Gewalt gehört zur Grundeinstellung eines/einer jeden Polizeibeschäftigten und muss, egal wie schwer die Aufgabenwahrnehmung ist, immer und immer wieder deutlich werden.

Die GdP ist nach wie vor zutiefst davon überzeugt, dass es keinen latenten, strukturellen oder institutionellen Rassismus in der Polizei gibt und vertritt dies auch weiterhin in der Öffentlichkeit. Die Polizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung mitverantwortlich und sie hat das Gewaltmonopol des Staates übertragen bekommen. Damit muss verantwortlich und verhältnismäßig umgegangen werden.

In eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung muss einbezogen werden, welche Errungenschaft der soziale Rechtsstaat für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Die Funktionsfähigkeit hängt nicht allein von der Polizei ab; sondern beginnt beim Respekt gegenüber allen Trägern.

Die Polizei bekämpft Hass und Hetze in der Gesellschaft sowie im Netz. Die Technik und die Anonymität bieten Chancen, die die Polizei ihrerseits bei der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung beklagt.

Wir haben sehr gute und umfassend aus- und fortgebildete Kolleginnen und Kollegen. Die Polizei macht interkulturellen Unterricht und Trainings zu Themen des Antirassismus. Darüber hinaus arbeiten zunehmend Menschen mit Migrationsgeschichte in der Polizei. All das scheint aber nicht ausreichend, um einige Menschen in der Polizei davon abzuhalten, für rassistische Botschaften empfänglich zu sein, sie zu senden oder schlimmstenfalls auch rassistisch zu handeln.

Immer wieder wird eine Rassismus-Studie für den Polizeibereich gefordert. Hier bleibt die GdP bei ihrer Auffassung, dass dies nur für die Polizei nicht sachgerecht ist. Vielmehr muss sich intensiver mit dem bestehenden Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft befasst werden. Rechtspopulistische und -radikale Organisationen und Parteien, die auch in den Parlamenten sitzen, heizen diese Stimmung an, spalten unsere Gesellschaft und sorgen dafür, dass Dinge gesagt werden, die für unser Zusammenleben abträglich sind. Die GdP scheut sich nicht vor den Ergebnissen einer Untersuchung, sie hält allerdings eine Untersuchung ausschließlich für die Polizei für unzureichend.

Neben der Überprüfung

- von polizeilicher Aus- und Fortbildung,
- den Arbeitssituationen in der Polizei,
- der intensiveren Befassung mit dem „Gefühl“ der Polizeibeschäftigten,
- der sofortigen Umsetzung vorhandener Handlungskataloge mit entsprechenden Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit und
- der Intensivierung von Supervisionsmöglichkeiten,
- der Unterstützung und des „Haltgebens“ durch die Vorgesetzten (Anker-Strategie)

ist für die GdP – neben der Bekämpfung des Alltagsrassismus auf allen Ebenen unserer Gesellschaft – ein wichtiger Bestandteil, dass umgehend eine Kommission aus Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, aus Gewerkschaften und Personalvertretungen, Communities mit Migrationsgeschichte/-hintergrund, aus der polizeilichen Praxis und der Aus- und Fortbildung eingerichtet wird. Ziel dieser Kommission muss es sein, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei genauer zu analysieren, die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit einzubeziehen, das Thema Gewalt gegen die Polizei zu thematisieren und daraus resultierende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die GdP unterstützt ausdrücklich Diskussionen zur polizeilichen Aufgabenwahrnehmung, auch kontroverse, sie erachtet es aber als notwendiger und zielführender, in dieser Debatte mehr auf Konsens zu setzen als auf Kontroverse.